

Postulat von Peter Grau (SD, Zürich) Paul Wietlisbach (SD, Zürich) und Erwin Kupper (SD, Glattfelden)
betreffend ausländische politische Organisationen im Kanton Zürich

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat Bericht zu erstatten und eventuell Massnahmen vorzuschlagen, wie ausländische politische Organisationen verboten werden können.

Peter Grau
Paul Wietlisbach
Erwin Kupper

Begründung:

Am 2. März 1992 haben die SD ein Postulat, "Demonstrationsverbot für ausländische Gruppierungen" eingereicht. Das Postulat ist vom Regierungsrat beantwortet und vom Kantonsrat in einer Sitzung abgelehnt worden.

In der Zwischenzeit haben mehrere Ereignisse mit ausländischen politischen Gruppen im Kanton Zürich stattgefunden. Die neuesten Ereignisse betreffen die Anschläge kurdischer PKK-Anhänger auf Einrichtungen türkischer Unternehmungen in Zürich und anderen Städten in der Schweiz. Die zunehmenden Konflikte welche z.Zeit auf der ganzen Welt ausgetragen werden, drohen, durch die massive Einwanderung, in unser Land übertragen zu werden. Es ist gefährlich Auseinandersetzungen einzelner Länder oder Völker in dieser Masse in der Schweiz zu dulden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass deren Meinungsverschiedenheiten auf Schweizer Boden ausgefochten werden. Das Risiko, dass solche Konflikte in der Schweiz zu blutigen Zusammenstössen verfeindeter Gruppen ausartet, ist zu gross.

Im Postulat vom 2. März 1992 haben wir dann auch die zu erwartenden Auseinandersetzungen ausländischer verfeindeter Parteien in der Schweiz angedeutet. Genau diese Auseinandersetzungen sind nun eingetreten. Die Sicherheit im Kanton Zürich, speziell aber in der Stadt Zürich, ist bedenklich geworden. Drogenhandel, offene Drogenszene, Fehden, Einbrüche, Entreisssdiebstähle, Ausländerdemos und ein rasant ansteigender Ausländeranteil tragen nicht zur Beruhigung der Situation bei.

Die neusten Anschläge auf Einrichtungen ausländischer Unternehmungen geben zu erneutem Missmut gegen Ausländer Anlass. Wir Schweizer Demokraten fordern deshalb erneut, dass wehement gegen die ausländischen Agitatoren vorgegangen wird. Die Sicherheit auf kantonalem Gebiet muss jederzeit gewährleistet sein. Ausländische politische Gruppierungen dürfen hier keinen Tummelplatz finden.

Wir Schweizer Demokraten erwarten vom Regierungsrat einen kompromisslosen Entscheid im Kampf gegen die politische und kriminelle Unterwanderung durch Ausländer

